

Mexiko und Venezuela

Dario Azzellini

„Das Beispiel Mexiko: Neue Etappe der Autonomie“

"Das Beispiel Venezuela: Hugo Chávez und die bolivarianische Revolution"

„Der Frühling Venezuela“

in: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft (Hg.): 11. September – Vom Beschuss der Moneda zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts“, S. 17-37.

Das Beispiel Mexiko: Neue Etappe der Autonomie

Vor Zehntausenden TeilnehmerInnen verkündete die Leitung der zapatistischen Guerilla EZLN¹ am vergangenen Wochenende den Beginn einer neuen Strategie des Widerstandes und eine Ausweitung der Ausübung der Autonomie. Anwesend waren auch die Repräsentanten des „Klandestinen Revolutionären Indigenakomitee“ (CCRI²), der höchsten Leitung des zapatistischen Aufstandes und über 100 Vertreter aus 30 Autonomen Gemeinden.

In ihren Reden richteten sich die verummumtten EZLN-Comandantes, darunter auch zahlreiche Frauen, gegen korrupte Regierende, die Macht des Geldes und die Welthandelsorganisation WTO. In einem vorangegangenen Kommuniqué hatte die EZLN bereits angekündigt sich an den Protesten gegen den WTO-Gipfel vom 10. bis 14. September im mexikanischen Strandbad Cancun zu beteiligen. In den Reden der zapatistischen Comandantes wurden auch Blair, Berlusconi und Bush hart angegriffen und die Rebellion als einziger Weg dargestellt, um den „permanenten globalen Krieg“ zu stoppen.

Comandante Zebedeo kritisierte auch stark den spanischen Richter Baltasar Garzón und grüßte den Kampf des Baskenlandes. Garzón, der sich aktuell in Mexiko befindet, und den Marcos Ende vergangenen Jahres zum Rededuell aufforderte, hatte einige Tage zuvor in Bezug auf die durch die Zapatisten aufgebauten Strukturen erklärt „jede Form der Regierung, die sich am Rande der Verfassung bewegt“ sei illegal. Garzón, im Ausland bekannt aufgrund seiner

1 EZLN – Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung).

2 CCRI – Comité Clandestino Revolucionario Indígena.

Ermittlungen gegen Angehörige ehemaliger lateinamerikanischer Militärdiktaturen, hat sich in Spanien vor allem durch flächendeckende Verbote baskischer Organisationen, Medien und Institutionen einen Namen gemacht, die er pauschal des Terrorismus beschuldigte.

Subcomandante Marcos selbst war nicht anwesend. Ihm kam die Aufgabe zu, das erste auf Kurzwelle international gesendete Programm von „Radio Insurgente“ zu moderieren. Als die Ausstrahlung aufgrund von starken Interferenzen der Armee nicht möglich war, wurde eine aufgezeichnete Botschaft in Oventic vorgespielt. Darin verkündet Marcos das Ende seiner kurzzeitigen Sprecherrolle für die „Juntas der guten Regierung“, deren Vertreter und Vertreterinnen nun bei Bedarf selbst sprechen würden. Ebenso kündigte er die Auflösung aller EZLN-Straßenkontrollen in Chiapas an, eine Überprüfung von Fahrzeugen erfolge nur noch beim Verdacht auf Schmuggel von Drogen, Waffen oder Edelhölzern. Dieser Entschluß sei gefaßt worden, weil jede gute Regierung, so Marcos, mit der Vernunft und nicht mit der Armee regieren sollte.

Auf ihre Teilnahme an den Festlichkeiten mußten schließlich auch die Mitglieder der parlamentarischen Friedenskommission Cocopa verzichten, deren Angehörige sich in den Tagen zuvor über die Presse selbst eingeladen hatten. In einer kurzen Erklärung vor den Festlichkeiten machte Marco jedoch deutlich, die EZLN habe keine Politiker eingeladen und noch viel weniger würde sie sich mit ihnen treffen wollen.

An den zentralen Feierlichkeiten in Oventic nahmen mehrere zehntausend Personen teil. Neben unzähligen aus anderen Basisgemeinden angereisten Tzotzil-, Tzletal-, Tojolabal-, Zoque- und Chol-Indianern auch zahlreiche internationale Gäste, vor allem aus den USA, Kanada, Italien, Spanien und dem Baskenland sowie eine bunte Mischung aus ganz Mexiko, Bauern- und Indígenaorganisationen anderer Regionen, Studenten und Intellektuelle, Gewerkschafter und Aktivisten aus verschiedensten Basisorganisationen. Bereits am Freitag hatten sich in Oventic Tausende von Menschen versammelt, ein Basketballturnier fand statt und zahlreiche zapatistische Musikgruppen aus der Region spielten. Vermummte Zapatisten und unvermummte Besucher aus Mexiko und dem Ausland fotografierten sich gegenseitig und miteinander, mit Vorliebe vor dem „Haus der Junta der guten Regierung, Zentrales Herz der Zapatisten gegenüber der Welt“. Eine der fünf „Schneckenmuscheln“, der Caracoles, die als neue Kommunikationsstruktur mit der Zivilgesellschaft am Platz der ehemaligen Aguascalientes eingeweiht wurden. Für die Tzotzil-Indianer symbolisieren offene Spiralen, wie die Form der Schneckenmuscheln, die Zeit. In der Nacht zum Samstag wurde in einem öffentlichen Akt der Führung der EZLN der „Tod“ des 1996 in Oventic eingeweihten Aguascalientes erklärt, es erging ihm ebenso wie den anderen vier in La Garucha, Morelia,

Roberto Barrios und La Realidad. Sie wurden ersetzt durch die „Caracoles“, in denen ab sofort die fünf neu gebildeten „Juntas der guten Regierung“ arbeiten.

Schon in den Tagen zuvor waren auf den Straßen und Wegen Chiapas Tausende von Indígenas zu sehen gewesen. Einige mit den typisch zapatistischen Sturmhauben ver mummt, andere mit unverhüllten Gesichtern. Schon am Freitag stand am Ortseingang von San Andrés, der Gemeinde, in der die Gespräche zwischen Regierung und EZLN stattfanden, eine kilometerlange Schlange geparkter Fahrzeuge.

Die ersten „Autonomen zapatistischen Gemeinden in Rebellion“ entstanden Ende 1994. Aktuell existieren über 30 Autonome Gemeinden, deren Einfluß sich auf etwa die Hälfte des Bundesstaates Chiapas erstreckt. Die Bildung der fünf „Juntas der guten Regierung“, in der jeweils sechs Gemeinden zusammengefaßt sind, stellen einen weiteren Schritt in dem Prozeß der Selbstorganisation der zapatistischen Basis dar. Die aus abgesandten derselben gebildete neue Regionalregierung soll auch eine direktere Verbindung zwischen den zapatistischen Basisgemeinden und dem Rest der Welt ermöglichen.

Die Autonomen Gemeinden wählen in Versammlungen einen autonomen Gemeinderat, der aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und verschiedenen Verantwortlichen für Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Erziehung besteht. Sie alle arbeiten unbezahlt zum Wohl der Gemeinschaft. Die Autonomen Gemeinden nehmen keinerlei staatliche Gelder an und finanzieren Arbeit aus den Beiträgen der Bevölkerung und Spenden. Seit ihrer Entstehung sind sie konstanten Angriffen von Polizei, Armee und Paramilitärs ausgesetzt gewesen. Einige Gemeinden wurden in den vergangenen Jahren von den Repressionsorganen geräumt, dabei wurden am 10. Juni 1998 in San Juan de la Libertad zehn Zapatisten ermordet.

Mit einem Paukenschlag waren die EZLN und die sie unterstützenden Autonomen Basisgemeinden Mitte Juli nach einer Zeit der relativen Ruhe wieder an die Öffentlichkeit getreten. Zunächst verkündete Subcomandante Marcos am 20. Juli in einem kurzen Schreiben die mexikanische Regierung könne sich von ihrem groß angelegten Infrastrukturentwicklungsplan „Plan Puebla Panama“ (PPP) verabschieden. „Die Gebiete in Rebellion werden diesen Plan nicht erlauben. Die Zapatisten haben ausreichende Mittel und die nötige Organisation um die Konkretisierung dieses Planes zu verhindern. Dies ist keine Drohung, sondern eine Prophezeiung“, so die deutlichen Worte.

Ungewohnt deutlich wurden die Zapatisten auch gegenüber den mehr als 14 auf zapatistischem Territorium mit Unterstützung der Armee und Polizei aktiven paramilitärischen Gruppierungen. „Das Generalkommando der EZLN hat den paramilitärischen Banden, die in Chiapas sprießen, eine Botschaft geschickt. Die Botschaft lautet mehr oder weniger: ‚Das Gesetz der Rache lautet Auge um

Auge und Zahn um Zahn, aber wir haben gerade Sonderangebot und bieten zwei Augen für ein Auge und ein ganzes Gebiß für ein Zahn, wenn sie das reizt.““ Seit Jahren bereits kommt es in zapatistischen Gebieten immer wieder zu selektiven Morden an Zapatisten. Nun lägen der EZLN Hinweise vor auf ein erneutes Massaker durch Paramilitärs. Zuletzt hatten Paramilitärs 1997 kurz vor Weihnachten das Dorf Acteal überfallen und 45 Männer, Frauen und Kinder brutal ermordet.

Als dritten herausragenden Punkt wies Marcos in seinem ersten Kommuniqué auf den zapatistischen Radiosender „Radio Insurgente. Stimme der EZLN“ hin, das ab dem 9. August seine Sendungen Kurzwelle beginnen wird und so in ganz Lateinamerika und mit etwas Glück auch in Europa auf 5,8 Megahertz im 49-Meter-Band zu empfangen sein wird. Bisher sendet das EZLN-Radio in Chiapas auf mehreren Sprachen etwa zwölf Stunden täglich auf UKW. Im neuen Programm soll auch Marcos eine spezielle einstündige Musiksendung haben. Seitdem brach der Strom an Erklärungen der EZLN oder des „Sub“, wie Marcos sich auch ironisch selbst bezeichnet, nicht mehr ab. Es folgten zwei knapp gehaltene „Offizielle Verlautbarungen des Geheimen Revolutionären Indígenen Komitees – Generalkommando der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung“, in denen erneut die Auslieferung einiger Basken aus Mexiko an die spanische Justiz und die Zusammenarbeit der spanischen und mexikanischen Regierung zur Aufstandsbekämpfung in Chiapas kritisiert und erneut auf die Paramilitärs eingegangen wurde. Darüber hinaus wurden einige Änderungen in der Struktur der Autonomen Gemeinden angekündigt. 30 zapatistische Autonome Bezirke wurden organisatorisch enger zusammengefaßt und machten Subcomandante Marcos zu ihrem vorübergehenden Sprecher.

Damit kam nach langer Zeit wieder auch nach außen sichtbar Bewegung in die zapatistische Bewegung. Intern wurde zwar auch den vergangenen Jahren viel diskutiert, gearbeitet und geschaffen, wie nicht zuletzt an den Veränderungen und dem Radio deutlich wird, doch aus der öffentlichen Debatte waren die Zapatisten weitgehend verschwunden. Nachdem die rechte Regierung Vicente Fox' im Frühjahr 2001 das mit den Zapatisten beratene Autonomiegesetz in völlig entstellter und damit entwerteter Art und Weise verabschiedete, trat die süd mexikanische Guerilla in ein langes Schweigen. Vor allem im vergangenen halben Jahr wurde es zwar häufiger von Kommuniqués des Subcomandante Marcos unterbrochen, doch betrafen diese eher Stellungnahmen zu anderen politischen Angelegenheiten, als die Zapatisten selbst. So verfaßte Marcos in den vergangenen Monaten zwölf Texte, die als „Stelen“ bezeichnet wurden, und sich mit Stand des Widerstandes in verschiedenen Regionen und Bundesstaaten Mexikos beschäftigten. Die nun veröffentlichte 13. Stele, ein Text in sieben Folgen, betrifft die Zapatisten selbst.

In den sieben Stelen werden einige der vorher ergangenen Ankündigungen präzisiert. So beinhaltet die Umstrukturierung auch die Auflösung der „Aguascalientes“, die in verschiedenen Gemeinden errichteten „Räume für ein Zusammentreffen und den Dialog mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft“. An ihre Stelle treten die „Caracoles“, die Schneckenmuscheln, die ebenfalls die Funktion einer Verbindung zwischen Zapatisten und Zivilgesellschaft übernehmen sollen, jedoch auf andere Weise. Überdrüssig scheint man auch der sinnlosen Unterstützung gewesen zu sein, verärgert berichtet Marcos von abgelaufenen Medikamenten, aberwitziger Kleidung und einzelnen Schuhen, die sich in den zapatistischen Gemeinden als „großzügige Spenden“ stapeln. Auch die Art und Weise wie die Implementierung und Ausrichtung von Hilfsprojekten eher den Wünschen und Vorstellungen der NGO's³ als denen der Gemeinden entspricht und außerdem Ungleichheiten zwischen den Gemeinden und einzelnen Zapatisten erzeugt, soll anders angegangen werden. In den fünf Regionen der Caracoles wurden jeweils „Juntas der guten Regierung“ gebildet und diese bilden wiederum einen höher gestellten Rat. Alle Hilfsprojekte werden ab jetzt von diesen politischen Instanz entschieden und dirigiert, um so Ungleichheiten zu vermeiden.

Die Regierung Fox hingegen reagierte kaum. Innenminister Santiago Creel Miranda erklärte man werde sich zurückhaltend verhalten, doch „durchgreifen“, sollte es zu einem Rechtsbruch kommen. Eine eher fragliche Aussage, da die von der EZLN erklärte Hoheit der organisierten Bevölkerung in ihren Gebieten natürlich einen ständigen Affront gegen die Gesetze der Zentralregierung darstellt. So verwundert es nicht, daß in den vergangenen Tagen die Militarisierung der zapatistischen Gebiete erneut zugenommen hat und vermehrt Spitzel aufgefallen sind. Um Mißverständnissen und Zwischenfällen jedoch vorzubeugen, wurden Armee und Polizei angewiesen ihre Kasernen in den Tagen der Festlichkeiten nicht zu verlassen.

Das Beispiel Venezuela: Hugo Chávez und die bolivarianische Revolution

Auf dem Platz gegenüber des oppositionell regierten Rathauses von Caracas wurde von den bolivarianischen Basisorganisationen ein „rincón caliente“ ausgerufen, eine „heiße Ecke“. Jeden Tag, von morgens bis abends, stehen hier bis zu 200 Menschen in kleinen Gruppen und diskutieren über Politik und die Situation im Land oder die wichtigsten internationalen Themen. Ana verkauft

3 NGO – Non-governmental organization (Nicht-Regierungsorganisation).

hier Kaffee aus zwei großen Thermoskannen: Klein, schwarz und süß, so wie ihn die Venezolaner mögen, eine Art Espresso in winzigen Plastikbechern. Ana ist eine robuste Frau Mitte Fünfzig mit kurzgeschnittenen grauen Haaren. Sie trägt ein Stirnband das sie als Chávez-Anhängerin identifiziert und zahlreiche Buttons zu Gunsten der bolivarianischen Revolution und gegen den Irakkrieg. Wir kommen schnell ins Gespräch, und sie erzählt, sie sei als Kind mit ihren Eltern nach Venezuela migriert. Trotz Armut würde sie jedoch um nichts in der Welt nach Spanien zurückkehren. „Hier haben wir wenigstens einen anständigen Präsidenten!“, erklärt sie mir mit einem Strahlen im Gesicht, „Aznar hingegen ist ein Verbrecher, Spanien hat im April 2002 die Putschisten unterstützt!“

Ich treffe Felix Antillano, der im Aluminiumwerk Alcasa in Ciudad Guayana im Bundesstaat Bolivar im Osten des Landes arbeitet. Dort ist er in der Gewerkschaft Sintralcasa aktiv, zu der fast 90 % der im Aluminiumwerk Beschäftigten gehören. Stolz erzählt er, daß in Ciudad Guayana der von der Oppositionsgewerkschaft CTV⁴ ausgerufene Streik im vergangenen Dezember/ Januar in keiner einzigen Fabrik befolgt wurde. „Das ist auch klar, denn die aktuelle Führung der CTV kam nur durch einen Wahlbetrug an die Spitze des Gewerkschaftsdachverbandes. Die Stimmen aus Bolivar, dem größten aller Bundesstaaten, wurden gar nicht gezählt. Und vor dem Obersten Wahlrat ist seit fast einem Jahr eine Klage deswegen anhängig, doch da er lange Zeit von der Opposition kontrolliert wurde, geschah nichts“, erzählt Felix verärgert, der für ein Gewerkschaftstreffen nach Caracas gekommen ist. Seine Gewerkschaft ist dem im April neu gegründeten Dachverband UNT⁵ beigetreten, so wie über 1.500 weitere Einzelgewerkschaften allein in der ersten Woche nach Gründung. Die meisten davon, so wie auch Felix' Gewerkschaft, die der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, der Arbeiter der U-Bahn von Caracas und viele mehr, gehörten zuvor zu CTV. Auch die Mitgliederstärke der UNT ist bereits größer als die der unter Arbeitern verhassten CTV. „Die CTV ist völlig korrupt, hat den Putsch unterstützt, mit den Unternehmern gemeinsame Sache gemacht und vertritt schon lange nicht mehr die Interessen der Arbeiter“, so Felix. Die UNT ist allerdings keineswegs „chávistisch“, wie Felix betont, der selbst ein glühender Unterstützer des bolivarianischen Prozesses ist. „Es gab zuvor mit der FBT⁶ einen Versuch eine regierungsnahen Gewerkschaft zu Gründen, aber das hat genau deswegen nicht funktioniert. Eine Gewerkschaft muß, auch wenn sie den von der Regierung eingeschlagenen Weg unterstützt, unabhängig sein. Nur

4 CTV – Confederación de Trabajadores de Venezuela.

5 UNT – Union Nacional de Trabajadores (Nationale Arbeiterunion).

6 FBT – Fuerza Bolivariana de los Trabajadores (Bolivarianische Arbeiterkraft).

so kann sie die Interessen der Arbeiter vertreten. So ist das im Fall der UNT“, berichtet Felix.

Der Putsch und der Unternehmerstreik haben viele Menschen aufgeweckt und den Organisationsprozeß beschleunigt. Viele Organisationen sind neu entstanden oder rasend gewachsen. Da das venezolanische Modell stark darauf basiert die Selbstorganisierung zur Basis der Veränderung zu machen, hat dies den Transformationsprozeß verstärkt. Die Unterstützung für Chávez und die „bolivarianische Revolution“ scheint trotz wachsender ökonomischer Probleme größer als noch vor einem Jahr.

Ob die Opposition daher überhaupt die laut Gesetz für ein Referendum gegen Chávez notwendigen zwei Millionen Unterschriften zusammen bekommt scheint fraglich. Daß sie eine Mehrheit in einer Volksabstimmung erzielt noch unwahrscheinlicher. Sie ist durch die Sabotageakte in der Erdölproduktion und die absichtliche Zerstörung der Wirtschaft stark diskreditiert. Und nach bekannt werden der Verwicklung zahlreicher oppositioneller Militärs in Morde und Bombenanschläge nehmen auch immer mehr Angehörige der Oberschicht Abstand. Viele hatten der Medienpropaganda der vom ultrarechten Medienmogul Gustavo Cisneros kontrollierten großen privaten TV-Sender über ein schnelles Ende der Ära Chávez geglaubt. Eingeschlossen in ihrem luxuriösem Mikrokosmos hatten sie die Unterstützung für Chávez völlig unterschätzt. Mittlerweile organisieren sich auch bedeutende Teile der Mittelschichten in Vereinigungen, die den bolivarianischen Prozeß unterstützen – „Clase media en positivo“⁷ nennen sich ihre Zirkel.

Das Fernsehen hämmert dennoch unaufhörlich. Alle 20 Minuten ist auf den größten privaten Sendern der gleiche Spot zu sehen: Saddam Hussein und ihm zujubelnde Massen. Die US-Truppen marschieren in den Irak ein. Ein Schnitt und Chávez erscheint, dazu Bilder jubelnder Regierungsanhänger aus unteren Schichten. Noch ein Schnitt und der Schriftzug „Jetzt holen wir dich“. In Talkshows bezweifeln Psychologen die Zurechnungsfähigkeit des Präsidenten, während gleichzeitig Stars bekannter Telenovelas sich gegen „die Diktatur in Venezuela“ wenden. Argumente werden nicht geboten.

In den Augen der Oberschicht ist Chávez an allem Schuld. In erster Linie natürlich an der schlechten wirtschaftlichen Situation, auch wenn diese vornehmlich durch den Abzug von über 33 Milliarden Dollar ins Ausland durch oppositionelle Großunternehmer allein von 1998-2002 und durch Einnahmeausfälle von sieben Milliarden Dollar durch die Sabotage der Erdölförderung seitens der Opposition verursacht wurde. Doch auch für jede Kleinigkeit liegt die Verantwortung beim Präsidenten.

7 Mittelklasse – Positiv.

„So schlimm ist das mit Chávez“, resümiert eine goldbehängte Oberschichtsvenezuelanerin Ende 50 mit einer dicken Make-up-Schicht, als am Flughafen die Klimaanlage nicht funktioniert. Dabei ist die wirkliche Ursache viel einfacher: Venezuela erlebt die schlimmste Dürre der vergangenen Jahrzehnte, das Wasser ist knapp, und in öffentlichen Gebäuden wurde daher der Betrieb der Klimaanlagen eingeschränkt, da diese sehr viel Wasser verbrauchen.

Doch die Hysterie der Oberschichten kennt keine Grenzen. Ihre Wohnviertel und Häuser vermitteln den Eindruck eines Kriegszustandes. Stacheldraht, Gitter, Kameras und zusätzliche Wachposten. Straßen sind mit Fässern, die mit Beton ausgegossen wurden blockiert. Es ist die Angst vor den Armen. „Chávez los tiene locos“⁸, rufen und singen bolivarianische Demonstranten.

Die größte Unterstützung hat Chávez unter den Armen, und die machen immerhin 80 % der Bevölkerung Venezuelas aus. Ihre Stadtteile ziehen sich die Hänge um Caracas hoch, das in einer Senke liegt und folglich mit unzähligen Wolkenkratzern nur in die Höhe wachsen kann.

Eines dieser Armenviertel ist „23 de enero“, der „23. Januar“. Früher hieß der Stadtteil „2. Dezember“, doch seitdem die Bewohner des Viertels und Militärs am 23. Januar 1958 die Regierung des Diktators Marco Pérez Jiménez stürzten, wechselte der Name. Im Kern des 1950 entstandenen Viertels stehen einige Neubaukästen rund um einen riesigen Hof – ein Projekt des Stararchitekten Le Corbusier. Seine Vorstellung eines sozialeren urbanen Wohnens läßt sich allerdings nicht unbedingt als verwirklicht bezeichnen, obwohl hier eine starke soziale Organisation vorherrscht. Da diese allerdings auch dazu führte, daß von diesem Stadtteil aus zahlreiche Proteste gegen mangelnde Wasser- und Stromversorgung und andere Mißstände ausgingen, wurden seit 1958 bis zu Chávez' Machtübernahme 37 Aktivisten von Polizei, Militär, Geheimpolizei oder Nationalgarde getötet. Und während des 47 Stunden dauernden Putsches war der Stadtteil Ziel von über 600 Hausdurchsuchungen durch die den Putschisten treuen Teile der Geheimpolizei.

Im Laufe der Jahrzehnte ist das Viertel über die sechs- bis achtstöckigen Wohnblocks hinaus stark gewachsen, kleine Häuschen wuchern in alle Richtungen, und vor allem im höher gelegenen Teil reihen sich winzige Hütten aneinander, die aus allen erdenklichen Materialien gebaut wurden.

Das zentrale Leben spielt sich jedoch auf dem großen Platz zwischen den Wohnblöcken ab. Zwischen Wandgemälden von Che Guevara, den Zapatisten und Simón Bolívar wird Ball gespielt, Bier getrunken und sich unterhalten. Imbißbuden und provisorische Autowerkstätten sind hier installiert und in den garagenartigen Ladenlokalen im Erdgeschoß der Wohnblocks funktionieren

8 Chávez macht sie verrückt.

kleine Läden und das Lokal der „Coordinadora Simón Bolívar“, der ältesten Basisorganisation des Stadtteils. An der Wand hängt eine große Fahne auf der der lateinamerikanische Befreier als Teil der Bauernbevölkerung zu sehen ist. „Wir sagen dem Volk nicht, was es machen soll, wir lernen vom Volk“, ist dort zu lesen.

Die Coordinadora unterstützt den Bolivarianischen Prozeß und organisiert soziale, politische, sportliche und kulturelle Aktivitäten. Das Verhältnis zu den Regierungsparteien ist gut, doch die Organisation betont ihre Unabhängigkeit: „Uns gab es vor Chávez, und es wird uns nach Chávez geben“, unterstreicht Omar, ein kräftiger Mitvierziger, der ein wenig wie ein Boxer aussieht. Und er berichtet, wie der Stadtteil während des Putsches gesuchten Aktivisten und Regierungsmitgliedern als Unterschlupf diente und schließlich einen unüberschaubaren Menschenstrom zum Präsidentenpalast bildete.

Im „23 de enero“ wurde Anfang Juni auch die erste von 57 landesweit geplanten „Boticas Populares“ eröffnet, in denen die Armen Venezuelas von Ärzten des kostenlosen öffentlichen Gesundheitssystems verschriebene Arzneimittel mit Ermäßigungen von 85-90 % kaufen können.

Im höher gelegenen Teil des Viertels liegt eine Armeekaserne, die wie eine kleine Festung aussieht. Von hier aus kann man die gesamte Innenstadt überblicken, den Präsidentenpalast und seine Höfe mit eingeschlossen. Daher gingen die meisten Armeerebellionen und Putschversuche der vergangenen 100 Jahre von dieser Kaserne aus, auch der Putschversuch von Hugo Chávez 1992 gegen den heute wegen Korruption angeklagten Carlos Andres Perez.

Vor der Kaserne haben Bewohner des Viertels einen schmalen Streifen begrünt und überschwenglich „Parque Che Guevara“ getauft. Gegenüber ist auf Wandtafeln eine Ausstellung zum Putsch zu sehen.

Ich frage am Kasernentor, ob ich fotografieren darf. Der ranghöchste Kommandant wird geholt und erklärt mir, daß dafür eine Genehmigung des Verteidigungsministeriums notwendig sei, die allerdings innerhalb weniger Stunden ausgestellt werde. Er fragt mich, woher ich komme und was ich in Venezuela tue, und als ich ihm von meinem großen Interesse am bolivarianischen Prozeß berichte, strahlt er, schüttelt meine Hand und versucht telefonisch eine Genehmigung einzuholen. Doch es ist schon früher Abend, und die Verantwortlichen sind nicht mehr zu erreichen. Die wachhabenden Soldaten haben sich ebenfalls genähert, reichen mir die Hand und versprechen mir zum Abschied: „Wir in dieser Kaserne werden niemals zulassen, daß der Prozeß rückgängig gemacht wird. Wir stehen auf Seiten des Präsidenten und des Volkes.“

Der Frühling Venezuelas

Nach 62 Tagen erklärte das venezolanische Oppositionsbündnis „Demokratische Koordination“, das verschiedene anti-chávistische Kräfte vereint, die auch den Putsch im vergangenen April unterstützten, offiziell das Ende des am 2. Dezember vergangenen Jahres begonnenen Streiks. Der „Streik“ war jedoch tatsächlich nur von transnationalen Unternehmen mittels Schließung ihrer Produktions- und Verkaufsstätten sowie Aussperrung der Arbeiter und von der venezolanischen Oberschicht, landwirtschaftlichen Großproduzenten und Händlern, befolgt worden. Zahlreiche Unternehmen und Händler hatten aufgrund der hohen Einnahmeausfälle bereits vor dem „offiziellen“ Streikende die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Proteste der Opposition schafften es nicht, Präsident Hugo Chávez zum Rücktritt oder zu verfassungswidrigen Neuwahlen zu zwingen. Zwar wurde die Wirtschaft, vor allem durch die Milliardenausfälle bei den Erdöleinnahmen, so weit geschädigt, daß der ewige Vorwurf der Opposition, unter Chávez sei die Wirtschaftslage „katastrophal“ sich erstmals bewahrheitet, doch die Regierung sitzt fester im Sattel als zuvor. Das zeigte sich zuletzt am 23. Januar, als in Caracas nach unterschiedlichen Schätzungen drei bis fünf Millionen Menschen für Chávez demonstrierten.

Chávez zeigt sich optimistisch: „Dies wird ein Jahr der Vertiefung des revolutionären Projekts, das seine Grundlage in der Kollektivität, dem Volk und den Streitkräften hat und von der Bolivarianischen Verfassung Venezuelas gestützt wird.“ Der Präsident erklärte auch, er sei „heute zuversichtlicher als vor vier Jahren bei der Machtübernahme“. Daher fürchte er auch eine Volksabstimmung – verfassungsgemäß am 19. August, zur Hälfte seiner Amtszeit möglich – nicht, er habe schließlich immer wieder selbst die Opposition aufgefordert, diese Möglichkeit zu nutzen.

Selbst die New York Times bezeichnete die Erklärung der Opposition nach 62 Tagen vermeintlichen Streiks als „Sieg für Chávez“. „Tatsache ist“, so die einflußreiche Zeitung, „daß der Streik tagelang nur aus dem Wort bestand, die Venezolaner des Streiks, der ihre Wirtschaft verwüstet hat, müde waren und dieser auch keines der Ergebnisse zeigte, die noch im Dezember versprochen worden waren.“

Im Erdölsektor bestand der „Streik“ im wesentlichen aus gezielten Sabotageaktionen höherer Angestellter. Damit konnten Erdölproduktion und -export erheblich beeinträchtigt werden. Doch auch hier befindet sich die Situation seit Ende Dezember im Normalisierungsprozeß. Laut Angaben der Regierung soll die Förderung bis Ende März wieder die üblichen 3,4 Millionen Barrel Tagesproduktion betragen.

Nachdem der am 4. Dezember von einem Bündnis aus den ehemaligen Regierungsparteien, dem Unternehmerverband und der korrupten gelben Gewerkschaft CTV ausgerufene Streik, außer von den Eliten des Landes, kaum befolgt wurde, reagierte die Opposition mit Sabotage des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA⁹, das 80 % der Deviseneinnahmen Venezuelas erwirtschaftet, und mit einer Radikalisierung der Proteste sowie zahlreichen Gewaltakten, um ein Chaos herbeizuführen, das eine Intervention oder einen erneuten Putschversuch rechtfertigen sollte. Da die Medien fest in oppositioneller Hand sind, war es schwer, etwas über den tatsächlichen Erfolg der Proteste und die Situation in Venezuela zu erfahren. Doch allein die Tatsache, daß das Land nach über zwei Monaten vermeintlichen Streiks der Arbeitgeber und Unternehmer nicht zusammen gebrochen ist, sollte am Wahrheitsgehalt der auch in Europa medial verbreiteten Eindrücke über Venezuela zweifeln lassen. Entgegen der üblichen Darstellungen genießt Chávez höchstwahrscheinlich immer noch das Vertrauen der Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung, vor allem der 80 %, die in Armut leben. Und das ist der Grund, warum die Opposition einen sofortigen Rücktritt Chávez sowie eine sofortige Volksabstimmung forderte. Die venezolanische Verfassung sieht zur Hälfte der Amtszeit eines jeden Politikers die Möglichkeit einer Volksabstimmung über sein Schicksal vor. Im Falle Chávez wäre dies im August. Doch das ist der Opposition zu lange und zu unsicher. Selbst die New York Times schrieb Ende des Jahres, es sei durchaus möglich, daß Chávez eine Volksabstimmung gewinne. Gute Chancen werden hingegen den Initiativen der Linken eingeräumt, Unterschriften für Volksabstimmungen zur Abwahl oppositioneller Gouverneure zu sammeln.

Den USA ist Chávez schon seit seiner Amtsübernahme ein Dorn im Auge. Der Präsident, der sein politisches Projekt der „bolivarianischen Revolution“ nach Simón Bolívar benennt, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts für die Unabhängigkeit und Einigkeit Lateinamerikas kämpfte, bringt die geostrategischen Vorhaben der US-Regierung durcheinander. Er pflegt hervorragende Beziehungen zu Kuba, das von Venezuela – ebenso wie alle anderen mittelamerikanischen und karibischen Staaten zur Erhaltung einer gewissen Unabhängigkeit – Erdöl zum Vorzugspreis erhält. Im Gegenzug zählt Venezuela auf kubanische Unterstützung beim Umbau des Erziehungs- und Gesundheitssystems. Chávez hat sich auch gegen das gesamtamerikanische Freihandelsabkommen FTTA¹⁰ ausgesprochen. Er will das neoliberale Prestigeprojekt der US-Regierung mit der vorliegenden Ausrichtung nicht

9 PDVSA – Petróleos de Venezuela SA.

10 FTTA – Free Trade Area of The Americas.

unterstützen und setzt offen auf den „lateinamerikanischen Weg“, also eine Stärkung des regionalen Zusammenhangs. Mit dem Vorsitz der OPEC¹¹ betraut, bemühte sich Venezuela, diese wieder zu einer einheitlichen und verbindlichen Preis- und Förderpolitik zu führen und die Preise nach oben zu drücken. Sein Amtsantritt durchkreuzte das Vorhaben der USA, Kolumbien militärisch einzukreisen und eine internationale Intervention gegen die Guerilla vorzubereiten, da er jeder militärischen Aktion gegen die kolumbianische Guerilla eine Absage erteilte und den USA verbot, venezolanisches Territorium zu überfliegen.

Chávez wurde 1998 von 60 % der Bevölkerung gewählt, die in einem breit angelegten und partizipativen Prozeß entstandene neue Verfassung wurde in einer Volksabstimmung von etwa 80 % angenommen und Chávez daraufhin in einer neuen Abstimmung mit fast 60 % für sechs Jahre als Präsident der neuen Republik bestätigt. An der Regierung sind übrigens neben der Chávez-Partei MVR¹² auch noch vier weitere kleinere linke Parteien und die beiden indianischen Abgeordneten beteiligt.

Die neue Verfassung Venezuelas, die unter lateinamerikanischen Juristen als die fortschrittlichste des Kontinents gilt, enthält 80 Artikel, die sich mit der sozialen Organisation und dem Recht der Bevölkerung auf Beteiligung an öffentlichen Entscheidungen beschäftigen. Das betrifft sowohl die Entscheidungsfindung des Staates als auch die öffentliche Kontrolle der Gelder.

Nach den Wahlen 1998 begann für Chávez der schwierige Prozeß eines Umbaus Venezuelas. Dabei hat er heute noch gegen die sogenannte „doppelte Macht“ zu kämpfen, d.h. daß viele Institutionen noch von der Opposition besetzt sind und die Chávez-Regierung sich absolut an alle Gesetze hält und auch an das Arbeitsrecht, dem in der neuen Verfassung eine zentrale Rolle zukommt. Daher führen Ministerialbeamte Entscheidungen nicht aus und die Korruption ist noch groß. Die Justiz geht kaum gegen Saboteure und Gewalttäter der Opposition vor. Der Oberste Gerichtshof wird von der Opposition kontrolliert und entschied sogar, daß es sich bei dem Putsch im April nicht um einen Putsch handelte, sondern um ein „Machtvakuum“, in das Generäle eingriffen. Zudem befanden sich auch in den eigenen Reihen zahlreiche Opportunisten, Karrieristen und korrupte Gestalten. Dies hat viele Vorhaben der Chávez-Regierung zunichte gemacht. So blieb der Regierung auch über Jahre der Zugriff auf das staatliche Erdölunternehmen PDVSA verwehrt, das mit seiner Wirtschaftsstärke häufig als „heimliche Regierung“ Venezuelas bezeichnet wird. Erst die Sabotageaktionen

11 OPEC – Organization of Petrol Exporting Countries (Vereinigung Erdöl exportierender Länder).

12 Movimiento V. Republica.

der PDVSA-Angestellten erlaubten der Regierung, streng das rigorose eigene Arbeitsrecht befolgend, 12.400 PDVSA-Mitarbeiter zu entlassen und Maßnahmen einzuleiten, um die Kontrolle zu übernehmen. Chávez dankte daher den Putschisten, die es „mit ihrem neuen Versuch möglich machten die PDVSA zu befreien – jetzt gehört die Industrie allen und nicht mehr nur einer Gruppe“.

Trotz dieser vehementen Schwierigkeiten gelang im Laufe der vergangenen Jahre so einiges.

Es wurden eine Million neuer Schulplätze geschaffen, Schulen wurden wiedereröffnet anstatt geschlossen, Schulen und Universitäten sind gratis ebenso wie die Gesundheitsversorgung. Dafür wurden die Staatsausgaben für das Gesundheitswesen auf 8% erhöht und die Gelder für Bildung verdoppelt. Die vorher eingeleitete Privatisierung des Gesundheitssektors und der sozialen Sicherungssysteme wurde abgebrochen. Es wurden über 92.000 Sozialwohnungen gebaut und mehrere Millionen Menschen an die Trinkwasserversorgung angeschlossen, ein spezielles Kooperativengesetz mit vielen Begünstigungen geschaffen und mit Gründung einer Frauenbank, einer Volksbank und eines Dezentralisationsfond ein breiterer Zugang zu Kapital zu Vorzugskonditionen geschaffen. Und selbst die Kindersterblichkeitsrate fiel in wenigen Jahren von 2,1 % auf 1,7 %.

Und wo war die heutige Opposition in den vergangenen Jahren? Lange Zeit übte sie sich in der Hoffnung der Prozeß würde scheitern, sie bestachen Regierungsabgeordnete, und warteten auf den Kollaps der Regierung oder der Wirtschaft. Doch das geschah nicht.

Und vor allem erließ Chávez im Dezember 2001 ein 49 Dekrete umfassendes Gesetzespaket, das die Unternehmer und die transnationalen Konzerne aufbrachte: Der aufgeblähte Verwaltungsapparat wird reduziert, staatliche Subventionen für Privatunternehmen sind steuerpflichtig; die Banken – und nicht wie bisher der Staat – müssen für ihre Schulden selbst aufkommen; das Steuersystem wird so umgestaltet, daß die unteren Einkommensschichten gar nichts oder einen geringeren Prozentsatz bezahlen als die oberen; ein Sozialfond soll die Ernährungssituation verbessern und die Bildung von Kooperativen unterstützen; die Kontrolle über die Rohstoffe wird stärker in die Hände des Staates gelegt; die Erdölförderung durch transnationale Konzerne wird stärker besteuert; die Regierung legt die Strompreise fest, Großgrundbesitz wird stark eingeschränkt und die indianischen Gemeinden erhalten die Kontrolle über ihr Land, genutzte Gewässer und dort befindliche Bodenschätze. Anfang des Jahres wurde schließlich mit der Ausbildung von Hunderten von Lehrern für ein mehrsprachiges Schulsystem der indianische Gemeinden begonnen. So erklärt sich auch, warum die beiden Abgeordneten der indianischen Gemeinden Teil der Chávez-Regierung sind und selbst inmitten des Amazonas während des

vermeintlichen Streiks Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung mit bis zu 5.000 Personen stattfanden.

Die Landverteilungen gehen zwar langsam vor sich – bisher haben einige Zehntausend Familien Land erhalten – aber das hängt damit zusammen, daß sie von Kleinkredit- und landwirtschaftlichen Bildungsprogrammen begleitet werden. In den Armenstadtteilen wurden lokale Komitees für städtisches Land (CTU¹³) gegründet, die in Absprache mit den Regierungsministerien die Legalisierung besetzter Grundstücke organisieren. Ein Prozeß, der auch durch die Proteste nicht unterbrochen wurde. Anfang Januar verteilte Präsident Chávez 1.100 Grundbesitztitel in einem Armenviertel von Caracas, weitere Landverteilungen folgen nahezu wöchentlich.

Hier wird auch verständlich warum Chávez das Vertrauen der Armen Venezuelas und vor allem der über 25 % schwarzen und indigenen Venezolaner genießt. Alle Indianerorganisationen Venezuelas unterstützen den bolivarianischen Prozeß und die indianischen Abgeordneten sind an der Regierung beteiligt. Daher ist auch ein Element in der Anti-Chávez-Kampagne der weißen Oberschicht ein offener Rassismus, der Chávez (mit seiner gemischt weißen, indigenen und afro-karibischen Herkunft) als Teil des „schwarzen und indianischen Pöbels“ zu diskreditieren versucht. Doch sowohl die diesem „Streik“ vorangehenden drei Protestwellen der Oligarchie, wie auch der Putschversuch im April scheiterten.

Der nächste Schritt der Regierung, der die Opposition verärgerte, ist der Versuch endlich die Kontrolle über das staatliche Erdölunternehmen PDVSA zu erlangen. Die PDVSA ist das unproduktivste Erdölunternehmen der Welt. 80 % der Einnahmen werden für laufende Kosten ausgegeben und nur etwa 20 % fließen in die Staatskassen. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich eine Elite den Konzern unter den Nagel gerissen und zahlt sich enorme Gehälter aus. Hinzu kommen zahlreiche Vergünstigungen, exklusive Clubanlagen für Urlaubsreisen und beträchtliche Schmiergeldzahlungen bei den Outsourcingmaßnahmen der PDVSA während der vergangenen Jahre.

Das Unternehmen fälschte über Jahrzehnte die Bilanzen und verweigerte sich jeder Kontrolle durch die Regierung und unabhängige Kräfte. Mit 18,7 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden und der PDVSA als größtem Devisenbringer will die Regierung die alteingesessenen Strukturen des Unternehmens reformieren und die Einnahmen für die gesamte Bevölkerung einsetzen. Ein Schritt, der die gesamte Elite und Opposition – die zudem bereits verkündet hat sowohl die PDVSA, wie auch die Gas- und Elektrizitätswerke privatisieren zu wollen – auf die Barrikaden gebracht hat. Das erklärt auch die

13 CTU – Comités de Tierras Urbanas.

Beteiligung des korrupten Gewerkschaftsverbandes CTV, der im wesentlichen eine Angestelltenelite vertritt. Repräsentativ ist die CTV nicht. Am vergangenen 1. Mai brachte sie gerade Mal einige Tausend Menschen auf die Straße, im Vergleich dazu mobilisierten der Bolivarianische Gewerkschaftsverband und andere linke Gewerkschaften über zwei Millionen Menschen.

Indes sind Hunderte von kleinen, mittleren und größeren Einzelgewerkschaften, viele davon ehemals im Dachverband CTV organisiert, und die bolivarianische FBT dabei einen neuen Gewerkschaftsdachverband zu gründen. Die offizielle Gründung des neuen Gewerkschaftsverbandes mit dem Namen „Nationale Vereinigung der Arbeiter Venezuelas“ (Unete¹⁴), der unter vielen anderen auch die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellte (Fedeunep¹⁵), der Metroarbeiter, der PDVSA-Beschäftigten der Region Zulia angehören, erfolgt im März.

Die Initiative kam zustande nachdem der von der CTV ausgerufene Streik nur von den besser situierten Angestellten des Erdölkonzerns PDVSA und einer kleinen Gewerkschaft höherer Angestellter der Privatbanken befolgt wurde. Bis dato hatten die CTV-Mitgliedsgewerkschaften noch gehofft, die Kontrolle über die CTV übernehmen zu können, unter anderem liegt eine bis heute unbearbeitete Klage gegen die Vorstandswahlen vor, da die CTV-Spitze nicht einmal 50 % der abgegebenen Stimmzettel präsentierte und Carlos Ortega zum Sieger der Wahlen erklärte.

Mittlerweile wird Carlos Ortega von der venezolanischen Justiz per Haftbefehl gesucht. Dies verursachte beim Großteil der Bevölkerung Zufriedenheit, ebenso wie die Verhaftung des Streikführers und Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Carlos Fernández, der unter Hausarrest gestellt wurde. Die Basisbewegungen hatte dies seit Monaten gefordert, während die Justiz untätig blieb. Carlos Ortega entzog sich jedoch der Verhaftung und kündigte an, die CTV „aus der Klandestinität“ führen zu wollen. Den Angeklagten wird bezüglich ihrer Unterstützung des Putsches im April vergangenen Jahres „Vaterlandsverrat, Rebellion, kriminelle Bandenbildung und Aufruf zu kriminellen Handlungen und Verwüstung“ vorgeworfen. Fernández hatte auch die Selbsternennung des Putschpräsidenten unterzeichnet. Darüber hinaus sollen weitere 24 Haftbefehle gegen Putschbeteiligte vorliegen.

Der bolivarianische Prozeß hat jedoch vor allem zu einer beispiellosen Organisation und Mobilisierung der Massen geführt. Dieser Selbstorganisationsprozeß hat die Erwartungen der fünf an der Regierung beteiligten linken Parteien sowie linker Basisorganisationen bei weitem

14 Unete – Vereinigt Euch!

15 Fedeunep – Federación Unitaria de Empleados Públicos.

übertroffen. Beispiellos in Lateinamerika und der Welt ist wohl die Reaktion von mindestens drei Millionen Menschen allein in Caracas, die den US-unterstützten Putsch im April durch ihre Reaktion in weniger als 48 Stunden wieder rückgängig machten und „ihre Regierung“ wieder in den Amtssitz begleiteten. Und auch beim aktuellen Streik zeigt sich wieder die Reaktion der Bevölkerung, Zehntausende schützen die Erdölanlagen vor oppositioneller Sabotage, andere melden sich freiwillig um Streikende zu ersetzen, Fabriken werden von Arbeitern besetzt und in Eigenregie übernommen, Millionen Menschen mobilisieren sich tagtäglich, um einen erneuten Putsch zu verhindern. „Die Regierung braucht den Notstand nicht auszurufen“, so Luis Tascón, Abgeordneter der Chávez-Partei MVR, „das tut die Bevölkerung auf der Straße“.

Die Regierung unterstützte in jeder Hinsicht diesen Organisationsprozeß und vertraut – das wurde vor allem während des jüngsten Streiks deutlich – auf die Basis.

So entschieden sich die Regierung und die an ihr beteiligten Parteien auch nicht dafür einige zentral gesteuerte eigene Medien, als Gegengewicht zu dem reaktionären Medienapparat der Oligarchie aufzubauen, sondern die Entstehung von Gemeinschaftsmedien politisch und administrativ zu unterstützen, so wurden seit 1998 fünf Community-TV-Sender und über 100 Basisradios ins Leben gerufen. Dies geschieht auf der Grundlage einer erleichterten Verteilung von Sendelizenzen, ein Verfahren das gemeinsam mit den Gemeinschaftsmedien ausgearbeitet wurde.

Chávez selbst hat einmal die Woche ein Fernsehprogramm in dem er zu aktuellen Ereignissen Stellung nimmt und seine Politik erläutert, einige Journalisten haben das zum Anlaß genommen ihm den Vorwurf staatlicher Propaganda zu machen. Dabei wurde meist verschwiegen, daß die Anführer der Opposition in allen Medien häufiger zu Wort kommen und selbst ihre Demonstrationen direkt übertragen wurden.

Die meisten TV-Sender gehören dem venezolanischen Medienmulti Gustavo Cisneros, der auch große Teile der lateinamerikanischen Medienlandschaft kontrolliert. Cisneros äußerte mehrmals er werde „keine Ruhe geben, bis der venezolanische Präsident aus dem Amt oder tot ist“. So war Cisneros auch in den Putsch im April verwickelt, die zentrale Leitung des Putsches kam in den Räumen seines TV-Senders Venevision zusammen und er verließ nach dem Putsch überstürzt Venezuela.

Die Basisorganisationen Venezuelas folgen aber keineswegs kritiklos der Regierung und schon gar nicht Chávez. Ganz im Gegenteil, er ist durchaus massiver Kritik ausgesetzt, und ein Großteil der Basis würde den Prozeß noch

weiter radikalisieren. Die venezolanische Gesellschaft erlebt einen beispiellosen Partizipationsprozeß.

In einem Aufruf der sozialen Bewegungen Venezuelas an die ganze Welt mit dem Titel „Den Frühling in Venezuela retten“, von Ende Dezember, heißt es: „Die Ausgeschlossenen der Globalisierung ergreifen endlich das Wort. (...) Gestärkt durch unsere Bolivarische Verfassung – eine der demokratischsten der Welt – legalisieren wir die Wohnverhältnisse in den riesigen Arbeitervierteln, prüfen wir die Baustellen für unsere Schulen oder die Ausstattung unserer Krankenhäuser, stärken wir unsere Macht, indem wir einen neuen Lokalen Verwaltungsrat wählen, erschaffen uns unsere eigenen Bürgermedien in Radio und TV – unabhängig von dem Einfluß der Regierung, kämpfen wir für die Aufteilung der Ländereien an die armen Bauern, für die öffentliche Kontrolle der staatlichen Ölreserven und für die Ausweitung der Rechte der Frauen, die hier an der Spitze der sozialen Bewegung stehen.“ Die Unterzeichner, ATTAC-Venezuela, Venezolanisches Netz der Gemeinschaftsmedien, Nationale Vereinigung der alternativen und freien Gemeinschaftsmedien, Bauernbewegung Ezequiel Zamora beschuldigen die Oligarchie, transnationale Unternehmen, die USA und andere Staaten, den bolivarianischen Prozeß zerstören zu wollen und erklären: "Ein vielversprechender Weg, um diese Revolution zu verteidigen und zu konsolidieren, besteht darin, daß Ihr die ganze Welt über die Umstände der Bewegung informiert und ebenfalls euer Recht auf Information fordert, welches die Massenmedien verhöhnen.“

Doch die Anschläge und Sabotageakte, die wie kleine Nadelstiche seit Monaten das Land destabilisieren, gehen weiter. Bewaffnete schossen in den vergangenen Wochen mehrmals auf die Erdölanlagen „La Campiña“ und verletzten und ermordeten Regierungsanhänger.

Bei Bombenanschlägen auf die spanische und kolumbianische Botschaft wurden Ende Februar drei Personen verletzt. Die Opposition und die spanischen Medien beschuldigten sofort Chávez-Anhänger der Anschläge. Laut Aussagen eines oppositionellen Distriktbürgermeisters von Caracas seien nach den Anschlägen vor Ort Schreiben bolivarianischer Massenorganisationen – Bolivarianische Zirkel und Koordination Simón Bolívar – vorgefunden worden. Die Ereignisse wirken allerdings sehr konstruiert. Chávez hatte einen Tag zuvor die USA, Kolumbien und Spanien aufgefordert, sich nicht in interne Angelegenheiten Venezuelas einzumischen, nachdem die spanische Außenministerin Ana Palacios die Verhaftung des Arbeitgeberpräsidenten kritisiert hatte und der kolumbianische Innenminister Venezuelas Weigerung die FARC als terroristisch einzustufen mit den Worten kommentierte, es sei klar, daß Chávez niemanden als Terroristen einstufe, mit dem er sich ständig treffen würde. Eine Aussage von der sich selbst die kolumbianische Regierung sofort

distanzierte. Unwahrscheinlich scheint auch, daß legale Massenorganisationen wie die Bolivarianischen Zirkel Anschläge durchführen und sich hinterher auch noch dazu bekennen. So scheinen die Anschläge passend inszeniert worden zu sein, um weiterhin die Stimmung in Venezuela zuzuspitzen.